

27.11.2013 - 18:17 Uhr

Bloomberg: Maßnahme von Präsident Janukowytsch senkt Ausfallrisiko der Ukraine

Ukraine (ots/PRNewswire) -

Durch die Aussetzung der Gespräche bezüglich des Assoziierungsabkommens mit der EU haben sich die finanziellen Risiken der Ukraine in beträchtlichem Umfang gesenkt. Dies geht aus einer Analyse hervor, die am 25. November 2013 von der Agentur Bloomberg veröffentlicht wurde. Laut Meldungen der Agentur hat diese Entscheidung der Regierung, wenngleich sie für die Wirtschaft des Landes und internationale Investoren von Vorteil sein mag, zu heftigen Reaktionen Tausender ukrainischer Bürger geführt, die der Vorstellung, das EU-Assoziierungsabkommen im Zuge des Gipfels der Östlichen Partnerschaft vom 28. bis 29. November 2013 in Vilnius nicht zu unterzeichnen, kritisch gegenüberstehen.

Laut Bloomberg-Analysten muss die Ukraine innerhalb der kommenden zwei Jahre Verbindlichkeiten in Höhe von über 15 Mrd. USD bedienen. Zudem gehören Staatsschulden der Ukraine zu den fünf riskantesten Kreditformen der Welt. Aus diesem Grund zählen die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, die Hochstufung des Kredit-Ratings und finanzielle Unterstützungsleistungen nach wie vor zu den derzeit dringlichsten Prioritäten des Landes.

Es wurde bereits spekuliert, dass Russland diese Hilfe leisten und damit die Bonität der Ukraine aufwerten könnte, sollte sich das Land dazu entscheiden, von seinem Kurs der europäischen Integration Abstand zu nehmen. "Einige Investoren sind zuversichtlich, dass ein grosses russisches Rettungspaket mit Krediten und billigem Gas bevorsteht," erklärte Timothy Ash, der in London ansässige Chef-Ökonom für Schwellenländer der Standard Bank Group Ltd., laut Berichten der Agentur. Doch auf lange Sicht würde die Ukraine von der Unterzeichnung eines weitreichenden und umfassenden Freihandelsabkommens mit der EU profitieren, erklärte Regis Chatellier, ein in London ansässiger Stratege der Societe Generale, laut Meldungen von Bloomberg. Dennoch teilt er die Ansicht, dass eine jetzige Unterzeichnung des EU-Abkommens seitens der Ukraine "drastische wirtschaftliche Gegenmassnahmen aus Russland" zur Folge hätte.

Bemerkenswert ist auch, dass das Ministerkabinett der Ukraine am 21. November 2013 beschloss, die Vorbereitungen auf die für den 28. bis 29. November 2013 geplante Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens und des weitreichenden und umfassenden Freihandelsabkommens mit der Europäischen Union abubrechen. Berichten zufolge ist diese Entscheidung aus wirtschaftlichen Gründen getroffen worden und bedeutet daher nicht, dass die Ukraine mit ihrem europäischen Integrationsvorhaben abgeschlossen hat.

Es genügt der Hinweis darauf, dass sich der Aussenhandelsumsatz zwischen der Ukraine und der EU im Jahr 2012 auf etwa 50 Mrd. USD belief, während die Umsätze zwischen der Ukraine und den Mitgliedsstaaten der Zollunion etwa 63 Mrd. USD betragen.

Kontakt:

Für nähere Informationen setzen Sie sich unter +380443324784 bzw. news@wnu-ukraine.com bitte direkt mit Alex Guzenko, Projektmanager bei Worldwide News Ukraine, in Verbindung.

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100020594/100747903> abgerufen werden.